

# Stadt Buxtehude steht zur Windkraft

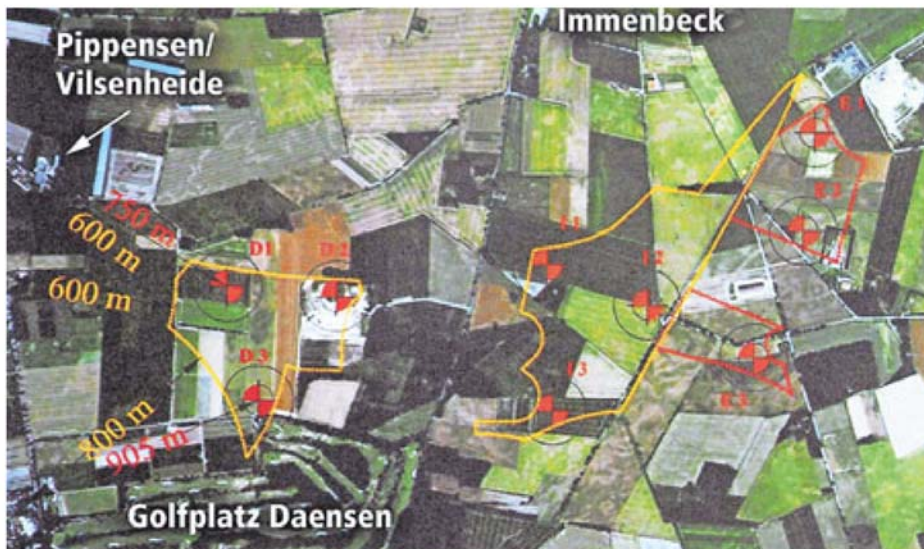
Gemeindliches Einvernehmen erteilt – Nur die FDP lehnt beantragte Windparks ab – Bürgerinitiative bei Mehrheit auf Granit

VON BJÖRN VASEL

**BUXTEHUDE.** Die Mehrheit steht zur Energiewende: CDU, SPD, BBG/FWG und Grüne haben sich am Dienstagabend für die Errichtung von jeweils drei Windkraftanlagen in der Feldmark bei Daensen und Immenbeck ausgesprochen. Lediglich die FDP stimmte im Ausschuss für Stadtentwicklung, Ortschaftsangelegenheiten und Umweltschutz mit Nein. Damit ist klar: In der nächsten Woche wird der Verwaltungsausschuss das gemeindliche Einvernehmen in nicht öffentlicher Sitzung erteilen. Danach kann der Landkreis seine Stempel unter die Genehmigung setzen.

Die Errichtung der von „Windstrom“ aus Oyten beantragten 193,26 Meter hohen Windkraftanlagen vom Enercon „Typ E-115“ hält der Erste Stadtrat Michael Nyveld „für vertretbar und vernünftig“. Das hat der Baudezernent am Dienstagabend zu Beginn des Stadtplanungsausschusses unterstrichen – insbesondere Richtung der betroffenen Bürger in den Zuschauerreihen.

Die Hauptkritikpunkte der örtlichen Bürgerinitiative „Windkraftanlagen – nur, wenn der Abstand stimmt“ seien bereits umfänglich im Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises abgearbeitet worden. Das heißt: Die Windparkflächen konnten im RROP nur als „Vorranggebiet“ ausgewiesen werden, weil – durch die Abstände – keine schädlichen Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden. Damit gebe es, so Nyveld mit Verweis auf den Paragraphen 35 (5) im Baugesetzbuch, keine öffentliche Belange mehr, mit denen die Stadt Buxtehude das gemeindliche Einvernehmen verweigern könnte. Hinzu komme, dass die „Erschließung gesichert“ sei. Hier gehe es um eine rechtliche, *nicht* um eine politische Frage. Zu den Sorgen um eine gesundheitliche Beeinträchtigung wollte sich Nyveld nicht äußern: „Ich bin kein Mediziner.“ Allerdings fuße die Genehmigung auf



Links ist der „Windpark Daensen“ mit den Standorten der sechs Windkraftanlagen im Buxtehuder Stadtgebiet zu sehen, rechts des Hamburger Berges liegt der gemeindeübergreifende Windpark Immenbeck. Foto Stadt Buxtehude

dem Stand der Wissenschaft.

Die Anlagen sollen in einem Mindestabstand von 905 Metern (Daensen) beziehungsweise 750 Metern (Pippensen-Vilsenheide) errichtet werden, in Immenbeck beträgt dieser 1400 Meter. Die Stadt Buxtehude kann sich nicht grundsätzlich gegen Windkraftanlagen sperren, so Nyveld.

Die Bürger wollten keine rechtliche Diskussion führen, ihnen gehe es um „bürgerfreundliche

Abstände“ – von 1000 Metern auch zu kleinen Ansiedlungen wie der Vilsenheide. „Wir sind nicht gegen Windkraft – mehr Abstand ist nicht verboten“, betonte Wolfgang Watzulik von der örtlichen Bürgerinitiative „Windkraftanlagen – nur, wenn der Abstand stimmt“. Gemeinsam mit anderen Daenser und Pippenser Bürgern kritisierten Watzulik und Ulrich Heinsen, dass es – entgegen der Wahlversprechen der

Bürgermeisterin Katja Oldenburg-Schmidt – keine echte und transparente Beteiligung der Bürger gegeben habe; die von der Stadtplanerin Annette Mojik-Schneede angeführten Infoveranstaltung vor Ort und das Beteiligungsverfahren zum RROP zählen für die Initiative nicht; hinzu komme, dass der Kreis Harburg sich für einen 1000-Meter-Abstand zum Schutz ihrer Einwohner entschieden habe. Schatten, Schall, Ge-

sundheitsschäden sowie Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und Wertverlust ihres Eigentums durch zu hohe und zu nahe Anlagen befürchten die Bürger.

Politik und Verwaltung sehen in der Verkleinerung des Windparks Daensen (von fünf auf drei Anlagen) und der Erhöhung der Abstände „einen Kompromiss“. Die Politik müsse sich der Aufgabe stellen, die Vorgaben zur Förderung der Windkraft umzusetzen, sagte die CDU-Vorsitzende Arnhild Biesenbach. Nur zwei Prozent der Kreisfläche ständen zur Verfügung – größere Abstände würden zu einem Windkraftverbot führen. Deutschland habe sich nach Fukushima für den Atomausstieg ausgesprochen. Ohne Vorranggebiete gebe es Wildwuchs. Elke Schneider-Höffelmann (SPD), Joachim Piepenbrock (Grüne) und Biesenbach waren sich einig, dass das auch Buxtehude einen Beitrag leisten müsse, die Abstände seien unkritisch. 500 Megawatt würden kreisweit hinzukommen und „das klimaschädlichere Dow-Kohlekraftwerk überflüssig machen“, sagte der Grüne.

Nur Dörte Matthies (FDP) stimmte im Sinne der Protestler mit Nein: „Windkraft ja, aber nicht um jeden Preis.“

## Lob für die Politik

Die Mahnwache für den Atomausstieg hat das „Ja“ der Politik zur Windkraft begrüßt. „Ich bin dankbar dafür, dass sowohl die Buxtehuder Verwaltung als auch alle Ratsfraktionen – mit Ausnahme der FDP – Verantwortung für den gesteuerten Ausbau der Windenergie übernehmen“, sagt Thomas Ringleben. Die Abstandsvergrößerung, von 600 auf 750 Meter (Vilsenheide) und um 100 auf 905 Meter (Daensen) zum nächstgelegenen Wohnhaus seien positive Ergebnisse im Sinne der Betroffenen – auch, wenn diese zum Teil dem Uhu-Schutz geschuldet seien. Die Initiative lobt, dass die Mehrheit für die kostengünstigste Form der regenerativen Stromerzeugung votiert hat – für die Windkraft an Land.